

Ausschuß für Arbeit, Gesundheit,
Soziales und Angelegenheiten
der Vertriebenen und Flüchtlinge
54. Sitzung

08.11.1989
sr-ma

StS Dr. Bodenbender (MAGS) sagt zu, dafür zu sorgen, daß dem Landtag, wenn dies nicht geschehen sein sollte, die Ergebnisse der Repräsentativumfrage umgehend zugingen.

Bis auf eine Studie über die Phase der Integration in einiger Zeit seien die wissenschaftlichen Grundlagen so weit gelegt, daß darauf eine gezielte Politik aufbauen könne. Selbst ihm, der sich mit dem Thema Aussiedlerpolitik vor allem in den letzten Monaten permanent und intensiv beschäftigt habe, hätten die von der Landesregierung in Auftrag gegebenen Untersuchungen Ergebnisse mit Neuigkeitwert gebracht. In Besprechungen mit gesellschaftlichen Gruppen, mit Repräsentanten der Kirchen, der Gewerkschaften und der Arbeitgeber seien die Untersuchungen vorgestellt worden, und die Ergebnisse seien von allen als interessant, wichtig und teilweise überraschend bezeichnet worden. Von daher könne er die Kritik des Abg. Goldmann, die Studien brächten nichts Neues, keinesfalls teilen.

Was allein in der am Montag vorgestellten Untersuchung durch Befragung betroffener Rußlanddeutscher und Aussiedler aus Polen als Orientierung für die Politik herausgekommen sei, müsse als überraschend und im Hinblick auf die Erwartungen, was den Familiennachzug anlange, auch als beängstigend bezeichnet werden.

Eine Politik, die meine, wenn man die wirtschaftlichen Verhältnisse der Rußlanddeutschen in der Sowjetunion verbessere, wollten sie dort weiter leben, müsse nach diesen Interviews scheitern. Für die Rußlanddeutschen seien die wirtschaftlichen Verhältnisse in der Sowjetunion überhaupt nicht ausschlaggebend; vielmehr suchten sie eine Heimat. Sie hätten in der Sowjetunion ihre Identität verloren und wollten in ihre Heimat Deutschland. Daß bei den Befragungen eine solche Abneigung zutage getreten sei, weiterhin in der Sowjetunion zu leben, habe ihn in dieser Radikalität überrascht.

Auch überraschend sei im Gegensatz dazu, daß die deutschen Aussiedler aus Polen nicht eine neue Heimat, sondern ein besseres Leben suchten. Sie kämen in die Bundesrepublik, weil sie an der Freiheit und am wirtschaftlichen Wohlstand der Bundesrepublik vor allem im Blick auf die Lebenschancen ihrer Kinder partizipieren wollten. Wenn man also in Polen helfe, die politische Entwicklung dort voranzutreiben, sei die Chance gegeben, den Familiennachzug aus Polen in Grenzen zu halten.

In der einheimischen Bevölkerung gebe es ein erhebliches Reservoir an Aggressionen, Ängsten und Distanzierungen gegen das, was der Staat im Zusammenhang mit der Aus- und Übersiedlerpolitik tun müsse. Er glaube nicht, daß eine Öffentlichkeitsarbeit, die der einheimischen Bevölkerung stets suggeriere, daß man ihre Probleme nicht kenne, ihre Sorgen nicht ernst nehme, den Aussiedlern helfe. Er halte die Öffentlichkeitsarbeit des Ministers aus politischer

Ausschuß für Arbeit, Gesundheit,
Soziales und Angelegenheiten
der Vertriebenen und Flüchtlinge
54. Sitzung

08.11.1989

sr-ma

Überzeugung für richtig. Der einheimischen Bevölkerung müsse deutlich gemacht werden, daß man ihre Probleme kenne. Die Botschaft an die einheimische Bevölkerung, daß es keine Vorteile für Aussiedler geben dürfe, sei politisch wichtig, weil nur so eine Akzeptanz der Aussiedlerpolitik erreicht werden könne. Dabei befinde man sich sicherlich auf einer Gratwanderung; denn auf der anderen Seite dürften die Aus- und Übersiedler auch nicht diskriminiert und isoliert werden.

Der Vorsitzende mahnt, sich an dem Thema der Aktuellen Viertelstunde zu orientieren.

Abg. Harbich (CDU) zeigt sich über die Ausführungen des Staatssekretärs enttäuscht. Die CDU-Fraktion sei seinerzeit davon ausgegangen, daß die Landesregierung mit den bereitgestellten Mitteln zeitnah eine geeignete Öffentlichkeitsarbeit betreibe; dies sei nicht geschehen. Die Studien seien auch seines Erachtens überflüssig; der Sachverstand im Ministerium hätte ausgereicht, um zu den erforderlichen Erkenntnissen zu kommen.

Abg. Arentz (CDU) zeigt Verständnis dafür, daß Dr. Bodenbender als Regierungsvertreter im Ausschuß die kontraproduktiven Äußerungen des Ministers in der Öffentlichkeit vertrete. Er bitte aber darum, sich im Ministerium noch einmal mit den öffentlichen Verlautbarungen zu beschäftigen. Die CDU plädiere keinesfalls dafür, eine Politik zu betreiben, die alle Probleme leugne oder gar eine Bevorzugung der Aus- und Übersiedler befürworte. Hier gehe es vielmehr darum, von einer Öffentlichkeitsarbeit abzusehen, die stets davon spreche, die Probleme seien nahezu unlösbar, und damit die Neuankömmlinge als eine nicht zu bewältigende Last darstelle. Das schüre den Unmut in der einheimischen Bevölkerung.

Abg. Goldmann (CDU) fragt, ob es der Staatssekretär für eine wirkungsvolle Öffentlichkeitsarbeit mit der Zielsetzung, die Bereitschaft der einheimischen Bevölkerung zur Aufnahme von Aus- und Übersiedlern zu stärken, halte, wenn von maßgeblichen Vertretern der Sozialdemokratischen Partei, etwa Frau Fuchs oder Herrn Schröder, gefordert werde, materielle Anreize abzuschaffen, um damit den Zuzug zu bremsen. Damit werde quasi die Forderung erhoben, das Bundesvertriebenen- und -flüchtlingsgesetz außer Kraft zu setzen.